

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2520

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2520



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Frontalangriff aufs Eigentumsrecht

Die Stunde der Klassenkämpfer

Von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli

Am 5. April 2020 um 23.57 setzte Nationalrat Cédric Wermuth auf Twitter folgende Nachricht ab:

«Wir machen das ganz einfach, liebe Immobilienlobby. Entweder ihr schwenkt ein auf einen Mieterlass wegen der Coronakrise, oder wir bereiten eine Notverordnung und sonst halt eine Volksinitiative für eine Immobilien-Sondersteuer vor, mit der wir eure Krisengewinne einziehen.»

Eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen

Man muss den Satz mehrfach lesen, um glauben zu können, was dieser amtierende Nationalrat hier einer unbescholtenen Branche unverhohlen androht. Gut, es könnte der fortgeschrittenen Stunde in Kombination mit einem ebensolchen Alkoholkonsum geschuldet sein. Nur ist Wermuth dafür nicht bekannt – um so mehr muss einem diese Aussage zu denken geben.

Die Presse verschont Wermuth für diesen Frontalangriff auf eine für unser Land sehr wichtige Branche. Kein Aufschrei, keine Forderung, diese unverschämte Drohung umgehend zurückzunehmen. Man stelle sich vor, ein bürgerlicher Politiker hätte eine vergleichbare Forderung für den grassierenden Sozialbereich gestellt. Die vereinigte Pressemeute hätte ihn gejagt und mit Rücktrittsforderungen überhäuft, bis er eingeknickt und wie ein geprügelter Hund von dannen gezogen wäre. Ein Cédric Wermuth hingegen wird verschont – warum wohl?

Wer ist «Wir»?

Vorab müsste man natürlich wissen, wen Wermuth mit «Wir» meint. Wer würde denn eine solche Notverordnung unterstützen? Gewiss, im Parlament darf Wermuth blindlings auf die Unterstützung der Grünen und natürlich auch der

«Grünliberalen» zählen. Dies ergäbe im Nationalrat immerhin 85 Stimmen. Mit den paar Dauer-Abweichlern der FDP wie Jauslin, Moret, Markwalder und Co. würde es aber noch immer nicht reichen. Also hofft oder weiss Wermuth, dass eine solch abstruse Forderung auch Unterstützung bei der sogenannten «Mitte-Fraktion» finden wird. Anders ist seine Aussage auf Twitter nicht zu erklären. Sieht man auf die kleine Kammer, so wird einem schnell klar, dass es dort locker reichen könnte. SP, Grüne und «Mitte» kommen zusammen auf 26 der 46 Stimmen.

Die Folgen

Weiss es Wermuth nicht besser oder ist es ihm egal, dass enorme Steuererträge, aber natürlich auch Pensionskassenerträge zu einem guten Teil aus Immobilien oder Immobilienfonds stammen? Ist er sich bewusst, dass die sonst schon unter Ertragsmangel leidenden Pensionskassen bei einem pauschalen Mieterlass in arge Bedrängnis kämen? Und natürlich auch tausende Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, welche sich zur Sicherung des Wohlstands im Alter eine Mietliegenschaft buchstäblich vom Munde abgespart haben und nun zwecks Existenzsicherung auf diese Erträge angewiesen sind?

Deutschland als Vorbild

Die deutschen Sozialisten sind unseren Sozialisten grosse Vorbilder. Diese haben zum Beispiel für Berlin den sogenannten «Mietendeckel» durchgebracht, wonach es nun fünf Jahre lang nicht mehr erlaubt ist, die Mieten auch nur moderat zu erhöhen. Sogar nach Erneuerungen darf die Miete maximal um einen Euro pro Quadratmeter und Monat erhöht werden. Ein krasser Eingriff in die Marktwirtschaft, vor allem aber in die Eigentums- und Vertragsfreiheit!

Wiederauferstehung des Klassenkampfes

Wermuth und seine Genossen waren, sind und bleiben Freunde des Klassenkampfes im übelsten Sinne. Sie sind eben Sozialisten, teilweise auch Kommunisten in Reinkultur. Die Aufhebung und anschliessende Verstaatlichung sämtlichen privaten Grundbesitzes war immer ihr Ziel. Wer's nicht glaubt, kann es im Parteiprogramm der SP von 2010 auf Seite 57 unter Punkt 3 nachlesen:

«Der Boden gehört ins Eigentum der öffentlichen Hand, von landwirtschaftlichen Genossenschaften, von gemeinnützigen Baugenossenschaften und von Selbstnutzern und -nutzerinnen. Die SP setzt sich für ein Bodenrecht ein, das der Bodenspekulation den Riegel schiebt und Bodenrenten, denen keine Leistung gegenübersteht, mit einer Steuer abschöpft.»

Diesem Ziel stehen die Sozialisten näher als sie sich dies noch vor kurzem in ihren kühnsten Träumen hätten ausmalen können. Der Hype und die grosse Not, welche uns das Coronavirus beschert, werden von der SP knallhart zur Durchsetzung ihrer klassenkämpferischen Forderungen missbraucht. So ist die SP die wahre Krisengewinnlerin – im schlechtesten Sinne des Wortes.

Andreas Glarner